

Grosser Gemeinderat

Worb, 13. Dezember 2024

## 430. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 9. Dezember 2024, 17:30 Uhr
Sitzungsende	19:54 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Federer Guido (SP), Präsident
1. Vizepräsident	Zingg Stephan (SVP)
2. Vizepräsident	Marchand Andy (FDP) (ab 18.41 Uhr; Geschäft Nr. 4)
1. Stimmzählerin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
2. Stimmzähler	Bützberger Ernst (Mitte)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser Titus (EVP)
	Bieri-Meyer Marianne (FDP) Christensen Sven (FDP) Graf Gregory (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Stucki Daniel (FDP)
	Hofmann Danilo (Mitte) (ab 17.42 Uhr; Geschäft Nr. 1) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Zürcher Deborah (parteilos)
	Bigler Markus (SVP) Fivian Bruno (SVP) (ab 17.39 Uhr; Geschäft Nr. 1) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) (ab 18.06 Uhr; Geschäft Nr. 3) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP)
	Bircher Andreas (SP) Dürst Iris (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Mosimann Heidi (Grüne) Wirth Alfred (SP)

Abwesend	Schmidhalter Norbert (FDP) Wyss Ursula (SP) Zwyer Lukas (Mitte)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka (ab 17.33 Uhr; Geschäft Nr. 1) Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Bergius Elke, Leiterin der Bauabteilung Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung (ab 17.35 Uhr; Geschäft Nr. 1) Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

## **Geschäfte**

1. 12/0/0 Parlament  
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament  
Protokoll der Sitzung vom 11. November 2024: Genehmigung
3. 51/52 Beisetzungs- und Bestattungsgebühren  
Neufassung des Bestattungs- und Friedhofreglements: Genehmigung
4. 56/20/0 Parkplatzbewirtschaftung (Busseneingänge)  
Änderung des Reglements über die Benützung der öffentlichen Parkplätze: Genehmigung
5. 11/13 Kommunale Wahlen  
"Fehlende Wahllisten", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
6. 37/1 Energie  
"Publibike-Netz in der Gemeinde Worb", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 12/0/0 Parlament  
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

## Traktandenliste

### Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

## Verhandlungen

## Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 430	09.12.2024	1	2021/24-279	143	12/0/0

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich habe zwei Mitteilungen. An der letzten Sitzung hat der GGR den Kredit und die wiederkehrenden Kosten für die Geschwindigkeitskontrollen bewilligt. Das habt ihr unter dem Vorbehalt gemacht, dass Rubigen teilnimmt. An der Gemeindeversammlung hat Rubigen sich dagegen entschieden mitzumachen. Weil Rubigen nun nicht dabei ist, stehen wir wieder auf Feld eins. Der Gemeinderat muss jetzt eine Auslegeordnung machen und entscheiden, ob das Projekt in anderer Form wieder aufgenommen und in den politischen Prozess geschickt wird oder ob er das Geschäft nicht weiterverfolgen will. Zweite Mitteilung: Letzte Woche hat die Spezialkommission Bahnhofstrasse ihre letzten Arbeiten abgeschlossen und ihre Empfehlungen verabschiedet. Die Resultate werden noch vom Verkehrsplanungsbüro zusammengeführt und gehen dann in die Sicherheitskommission und Gemeinderat. Ich gehe davon aus, dass dem Parlament nächstes Jahr ein Geschäft zu diesem Thema vorgelegt wird. Wie die Vorschläge der Spezialkommission aussehen, ist noch nicht öffentlich. Das wird zu gegebener Zeit kommuniziert. Wann genau entscheidet der Gemeinderat. Dass sich eine Kommission, welche aus Vertreterinnen und Vertreter mit ganz verschiedenen, teilweise total widersprechenden Interessen bestanden hat, auf gemeinsame Vorschläge einigen konnte, ist für mich immer wieder von Neuem überraschend und begeistert mich auch. Die Spezialkommission hat gezeigt, was wir erreichen können, wenn persönliche Interessen zurückgestellt werden, zum Wohle der bestmöglichen Lösung für alle.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Ich möchte euch mitteilen, dass wir in der Sozialbehörde zwei Umfragen gemacht haben. Eine hat das Zentrum Alter Worb für uns durchgeführt. Dort geht es um die Bewohnerinnen und Bewohner in Worb um das Alter 80+. Zusätzlich konnten wir von der Lehrerguppe School-Fox profitieren und die Eltern zu den Themen "Wie geht es den Kindern in Worb?", "Kinder- und Jugendfreundlichkeit in Worb" befragen. Die beiden Umfragen werde ich euch allen per E-Mail zukommen lassen. Dies ist kein Geschäft hier im Parlament, jedoch will ich, dass ihr mitbekommt, was dabei herausgekommen ist. Davon wurde auch in der Worber Post berichtet. Aber es kann sein, dass dies noch nicht alle mitbekommen haben.

Lanfranconi Elena, FDP: Einige haben es vielleicht gleich direkt von Sven erfahren, andere haben vielleicht vergeblich seinen Namen auf der FDP-Wahlliste gesucht. Sven wird nach vielen Jahren politischem Engagement, heute seine letzte Sitzung des Grosse Gemeinderates haben. Sven du bist der erfahrenste Politiker bei uns in der FDP. Seitdem ich selbst Mitglied in der FDP bin, bist du ein fester Bestandteil der FDP-Fraktion gewesen. Die Zusammenarbeit mit dir haben wir in der Fraktion immer sehr geschätzt. Vor allem deine konstruktive Art in unseren Diskussionen in den Fraktionssitzungen hat immer zu einer guten Lösung beigetragen. Was mich besonders fasziniert hat, war, wie du auch negative Sachen wie Kritik hier im Parlament immer so positiv überbracht hast. Vielleicht ab und zu mit einem Augenzwinkern. Ich glaube, deine aufgeschlossene und positive Art und dein Engagement werden uns allen hier im Parlament in guter Erinnerung bleiben. Lieber Sven, wir wünschen dir alles Gute und wir gönnen es dir auch, dass du jetzt mehr Zeit für deine Familie hast. Obwohl wir schon auch froh sind, dass wir dich nicht ganz hergeben müssen. Du wirst uns in der Planungskommission und in der Kommission Wislepark noch erhalten bleiben. Lieber Sven, vielen Dank für dein Engagement.

Christensen Sven, FDP: Vielen Dank, vielen Dank auch an die Partei, wie ihr mich all diese Jahre gestützt und unterstützt habt. Wir hatten viele spannende Diskussionen. Auch hier drin hatten wir viele spannende Diskussionen. Manche vergingen etwas schneller und manche haben etwas länger gedauert. Manche waren ein wenig ein Hin und Her. Ich durfte auf eine ganz schöne Präsidualzeit zurückschauen. Dreimal war der Sportrassen das Thema. Wir konnten in verschiedenen Lokalen diese Sitzungen abhalten. Ich will mich hier auch nochmal bei Jürg bedanken. Es ist manchmal gar nicht klar, was er alles hinter den Kulissen macht. Ich wollte eigentlich immer mal ein Bier mit ihm trinken gehen. Das haben wir vergessen oder machen es irgendwann noch, Jürg. Ich will allen, für das Engagement, welches ihr für die Gemeinde leistet, danken. Geniesst die nächsten vier Jahre, welche auf euch zukommen, kommuniziert vor der Sitzung miteinander, damit ihr vielleicht schon dort eine Lösung findet. So kommen wir kommunal weiter. Ich denke, das ist noch wichtig. Das Löiestöckli fehlt zwar, aber vielleicht kann man das auch sonst machen. Aus meinem Präsidualjahr habe ich zwei Sachen mitgenommen. Ich habe dazumal anfangs jeweils ein wenig etwas erzählt. Eines war der Handynacken. Einige von euch können sich sicher erinnern, das Runterschauen, dies habe ich mir wirklich zu Herzen genommen und versuche, wenn ich auf das Handy schaue, nicht nach unten, sondern möglichst nach oben zu schauen damit ich diese Last nicht habe. Das andere ist das Waldbaden. Seit wir einen Hund haben, seit diesem Jahr komme ich etwas mehr dazu, im Wald baden zu gehen. Der Hund geht jeweils baden und ich bin ein wenig im Wald. In dem Sinn wünsche ich euch allen alles Gute und vielen Dank.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Letzter Abend vom Jahr da innen und dies ist ein ganz besonderer Abend. Lasst uns alle in die 90er Jahre zurück denken. Für einige von euch wird das etwas schwierig werden, weil sie noch nicht so gross oder noch nicht geboren waren. Da sieht man eigentlich, wie lang her diese Zeit nun ist. Jemand der sich sicherlich an die 90er Jahre erinnern kann, ist Bruno Wermuth. Er hat in den 90er Jahren angefangen mit der Politik hier im GGR, wo er 20 Jahre lang war. Man muss sich das mal vorstellen, was so in 20 Jahren passieren kann. Wie lang, dass diese Zeit auch ist. Im Jahr 2016 hat er dann in den Gemeinderat gewechselt und das Departement Bau übernommen. Bruno Wermuth ist ein engagierter Politiker, so wie wir hier erfahren haben. Mit viel Herzblut hat er sich eingesetzt. Er war zuerst in der einen Partei bei der SVP und jetzt ist er in der GLP. Dies war für Worb immer ein Gewinn gewesen, dass er da war. Wir danken dir ganz herzlich für dein Engagement, wo nicht selbstverständlich ist. Wenn wir jetzt noch etwas zurückschauen, ich kann das nicht beurteilen, aber ich vermute, dass du viele Stunden für die Politik und Worb investiert hast. Darum gehe ich davon aus, dass dir ganz viel am Herzen liegt. Denken wir mal mit wie vielen Wasserleitungen, du hier durchgekommen bist, einige Schulhäuser durchgemacht sei es selbst als du noch in die Schule gegangen bist oder in der Politik, ganz zu schweigen von den Strassen, welche man saniert oder nicht saniert hat oder noch sanieren wird. Dann gab es noch etwas ganz Wichtiges, sonst würden wir hier drin nichts mehr sehen, es ging manchmal auch um das Licht. Ich nehme an, wenn du in der nächsten Zeit durch das Dorf oder die Gemeinde gehst, siehst du an allen Orten etwas, wo dir begegnet und bekannt vorkommt. Wir möchten uns nochmals ganz herzlich bei dir bedanken und wer weiss, vielleicht sieht man sich ja hier mal wieder, solltest du uns besuchen kommen, zum Schauen was abgeht. Wir würden uns darüber sehr freuen. Jetzt hast du, nehme ich mal an, nichts mehr zu tun. Darf ich dich nach vorne bitten? Wir möchten dir gerne etwas übergeben. Von dieser Flasche kannst du vielleicht ein Glas Wein nehmen und dann überlegen, was so geschehen ist. Das ist eine ganz spezielle Flasche, vielleicht seht ihr es. Sie ist vom Rebgut von der Stadt Bern. Aber eigentlich geht es jetzt darum, um dir einen Gedankenanstoss zu geben, denn vielleicht gibt es ja in der Zukunft auch ein Rebgut von der Gemeinde Worb. Das wäre ja etwas, was du initiieren könntest.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Vielen Dank, liebe Catarina, ich könnte schon viel erzählen und ich merke, man braucht schon bald einen Historiker, um herauszufinden, wie lange ich schon hier drin bin. Es ist so, ich muss etwas korrigieren. Im GGR war ich 19 Jahre und im GR neun Jahre tätig gewesen, da ich nachgerutscht bin nach dem Rücktritt von Peter Hubacher und 1.5 Jahre später, nach dem tragischen Tod von Ernst Hauser, habe ich zum Baudepartement gewechselt. Aber auch dies ist nun eine Zeit her, seit ich angefangen habe. Man muss fast ein Historiker sein, um es überspitzt zu sagen. Es ist noch interessant mit dem Wein und Weingut. Es ist tatsächlich so, dass ich Abklärungen gemacht habe in Vielbringen, oberhalb der Bahn habe ich Land, um dort Reben zu pflanzen. Das ist wirklich ein Projekt, welches ich gern angegangen wäre, aber es braucht noch finanzielle Mittel, um so einen Reberg aufzubauen. Schlussendlich habe ich dies noch mit meinem Sohn, meinem Nachfolger, besprochen und er ist ja derjenige, welcher das dann weiterführen muss. Wir haben entschieden, dass wir erstmal zuwarten. Es ist eigentlich ein wahnsinnig guter Standort dort, um so etwas aufzubauen und zu initiieren. Aber ich musste zu mir sagen, Bruno, du hast schon manches

gemacht in deinem Leben, hier musst du nicht vorabgehen und anfangen Reben zu pflanzen. Deshalb ist dies auch lustig. Zu den anderen und den Projekten, welche all die Jahre gelaufen sind oder auch wenn ich zurückschaue, wo ich im GGR gewesen bin. All diese Personen, denen ich hier begegnet bin in all diesen Jahren zwangsläufig natürlich auch, dies war immer sehr interessant, auch spannend und es ist so, dass ich mich auch mal geärgert habe, aber das gehört auch dazu. Ich wurde noch gefragt, was meine Niederlagen hier innen waren. Ich musste darauf als Gemeinderat antworten und ich habe es nie als Niederlage angeschaut, wenn das Parlament sich anders entschieden hat. Lange konnte ich mich auch nicht darüber ärgern, da immer wieder das nächste Projekt am Start war. Wenn ich hier vorne stand und etwas vertreten habe oder wenn es um eine Kreditbewilligung ging, liefen parallel dazu auch andere Projekte und in diesen Situationen musste ich mich doch einige Male zurückbesinnen an die ganzen Akten und mich wieder ins Projekt einstudieren. Nur so hatte ich die Geschäfte wieder präsent, welche hier hinein kamen. Das wird Bruno selber vielleicht auch noch merken, wenn er das Departement Bau übernimmt. Es sind halt schon viele Geschäfte und es war eine rechte Herausforderung für mich. Aber alles in allem war es bereichernd für mich, ich konnte viel profitieren auch von den Personen hier innen, das muss ich zugeben. Ich konnte mich auch weiterentwickeln, was auch das Schöne daran ist, wenn man in solchen Gremien arbeitet. Für mich war etwas sehr wichtig und zwar war Worb im Zentrum, Worb im Herzen und es war wichtig für mich, dass wir Worb vorwärts bringen. Gemeinsam Kompromisse zu finden, war manchmal etwas schwierig, aber es war für mich immer im Zentrum. Deshalb habe ich mich auch so lang für die Gemeinde eingesetzt und das habe ich auch sehr genossen. Wegen der übrigen Zeit, das werde ich im Moment noch nicht haben, weil ich nach wie vor mit meinem Betrieb beschäftigt bin. Der Junior wird in zwei Jahren den Betrieb übernehmen und anschliessend hoffen wir, dass es dort dann etwas lockerer wird. Aber jetzt geht es noch voll weiter. Es gibt ja noch die landwirtschaftliche Ausbildung, welche sehr wichtig für mich ist. Dort helfe ich auch aktive mit und werde es weiterhin auch machen, sei es in den verschiedenen Gremien und das ist sehr wichtig. Denn wenn man gute Berufsleute will, braucht es einfach eine gute Grundausbildung und das war mir schon immer ein Anliegen, weshalb ich in all meiner Zeit als Landwirt immer auch Lernende ausgebildet habe. Das war auch immer sehr bereichernd und gab mir auch gute Unterstützung im Betrieb und das braucht es. Allein alles unter einen Hut bringen mit Politik, Betrieb und allen Nebenämtern, die ich hatte, wäre gar nicht möglich gewesen. Da war ich dankbar um die Personen um mich, die mir geholfen haben. So ich will nicht mehr länger sprechen. Das war nun mein letzter Auftritt hier. Ich wünsche euch allen zusammen ganz viel Gesundheit, macht es gut, bleibt gesund und nur das Beste in euren Familien.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Jetzt muss ich doch noch etwas sagen. Als erstes will ich euch allen herzlich danken für dieses Jahr. Es war spannend mit vielen Wendungen, Verwirrungen und Irrungen, aber ihr alle habt euch für Worb eingesetzt und das ist das Wichtigste. Wir versuchten das Beste daraus zu machen und dafür danke ich euch. Wir haben auch zwei die uns verlassen, jemand für eine kürzere Zeit und eine andere Person hat sich auch zurückgezogen und zwar Andreas Bircher. Er verlässt uns auch und wir danken dir für deine zum Teil sehr spritzigen Worte. Deine Meinung war immer wichtig für uns. Deine Meinung war immer durchdacht und wir konnten alle immer davon profitieren. Vielen Dank für deine Mitarbeit. Dir, Iris, danke ich auch für deine Mitarbeit im Parlament. Wir haben euch auch noch etwas Süsses mitgebracht.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Ich habe wohl zu viel ins Handy geschaut, darum drehe ich mich ein wenig so. Bei den Grünen haben wir auch Austritte. Günter ist heute auch das letzte Mal dabei und vielleicht gibt es ja noch Überraschungen. Auf jeden Fall will ich dir ganz herzlich für deine Arbeit hier im Parlament danken. Auch bei allen anderen Mitgliedern hier im Parlament möchte ich mich für die Arbeit in diesem Jahr bedanken.

## **Protokoll der Sitzung vom 11. November 2024: Genehmigung**

Sitzung Nr. 430	Datum 09.12.2024	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-280	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

### Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

## Neufassung des Bestattungs- und Friedhofreglements: Genehmigung

Sitzung Nr. 430	Datum 09.12.2024	Traktandum 3	Beschlusnummer 2021/24-281	Geschäftsnummer 36126	Archivnummer 51/52
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

### Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

### Detailberatung

### Allgemeine Bemerkungen

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat sich das Geschäft angeschaut. Vorab dürfen wir mit einem Lob beginnen. Seit Jahren beschwerten wir uns über die magere Aktenauflage. Wir müssen uns ja zuerst jeweils bei der Gemeinde kundig machen und die Akten, welche bisher aufgelegt sind, waren immer die gleichen, wie jene die uns auch versendet wurden. Wir empfanden das immer als Zumutung, das habe ich schon mehrmals gesagt, dass man von uns Milizlern erwartet hat, dass wir in der Gemeindeverwaltung herumziehen, um die einschlägigen Akten aufzustöbern. Aber es passieren noch Zeichen und Wunder. Schon für die Sitzung vom November und jetzt wieder, sind riesige und umfassende Dokumentationen vorgelegen und das hat uns unsere Arbeit wesentlich erleichtert. Das gilt auch für das folgende Geschäft. Die GPK hat das auch beim Geschäft Parkplatzbewirtschaftung festgestellt. Darum ist dies gerade ein Appell an den GR und an die Gemeindeverwaltung, macht weiter so, ihr erleichtert uns die Arbeit. Das konkrete Geschäft ist gut vorbereitet und eben auch gut dokumentiert. Der Grund, wieso das Reglement revidiert wird, ist einleuchtend und die Botschaft ist klar. Die gute Dokumentation hat uns auch erlaubt gewisse Fragen vertieft anzugehen. Wir haben dem Gemeinderat vier Fragen gestellt. Ich nehme an, diese werden jetzt noch beantwortet. Vor allem würde es uns interessieren, was die Gemeinde unternimmt, wenn angehörige die Bestattungskosten nicht übernehmen. In den Akten taucht diese Frage in den Vorgesprächen, also nicht beim Gemeinderat, sondern bei den Vorbereitungen des Geschäftes, auf. Denn, dass wissen wir alle, gibt es verschiedene Glaubensrichtungen, wo es eigene Bestattungsvorschriften haben. Konkret sind die Muslime und Juden. Wie geht die Gemeinde damit um? Im Reglement finden wir nichts oder ist dies gar kein Problem. Das hat die SP+Grüne-Fraktion aufgenommen und kommt mit einem Änderungsantrag. Ob überhaupt eine Regelung notwendig ist, wissen wir nicht. Dann noch eine Anregung, welche wir haben: Es gibt häufig, in den einzelnen Fällen bei den Art. 6, 9 und 25, dass auf das übergeordnete Recht verwiesen wird. Aber es wird nur simpel darauf hingewiesen, jedoch weiss man nicht, wo man dort dann suchen muss. Für uns Laien wäre es hilfreich, wenn mindestens der korrekte Titel des kantonalen oder eidgenössischen Gesetzes oder der Verordnung angefügt würde, wenn möglich auch mit den einschlägigen Nummern der Artikel, damit man selbst nachschauen kann. Jetzt kommt das Reglement mit den Hinweisen auf das übergeordnete Rechten ein wenig wie ein Lückentext daher. Die GPK beantragt das gut vorbereitete Geschäft zu behandeln.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: So ein Reglement ist nicht irgend ein Stück Papier oder ein Dokument, welches auf den Download wartet. Das Reglement ist wichtig, weil es Regeln umfasst, welche unser Zusammenleben oder jetzt hier vorliegend auch den Fall von einer Bestattung regelt. Sobald es in Kraft tritt, muss es sich in der Praxis bewähren. Mit der Zeit sind gewisse Regeln nicht mehr so von Bedeutung. Man merkt, dass man gewisse Sachen anders verfassen muss und anderes kann man weglassen, da man es nie braucht. Das ist beim Friedhofsreglement auch der Fall. So nach 13 Jahren muss man wieder richtig durchlüften. Wie Marco Jorio gesagt hat, war ein wichtiger Anstoss für die Erneuerung die Rückmeldung des kantonalen Amtes für Raumordnung, dass Worb für den Grabunterhaltsfond eine gesetzliche Grundlag schaffen muss, welche wir bis jetzt nicht haben. Das haben wir jetzt in den neuen Art. 40 bis 45 gemacht. Wir haben alle Neuerungen, welche im Friedhofreglement enthalten sind, auf der Basis der stetigen Rückmeldungen, welche bei der Polizeiabteilungen eingehen, gemacht. Wir haben viele Bestattungen und es gibt Leute, die sich dazu äussern, wo sie nachkommen und wo sie etwas komisch finden, aber dann auch in der engen Mitarbeit und dem Austausch mit den Kirchen, Bestattern und mit der Friedhofsgärtnerin. Die Sicherheitskommission hat

sich zum ersten Mal im Oktober 2022 mit dem Reglement befasst und hat dann Rückmeldung gemacht unter anderem zu den Gebühren, wo wir das Geschäft zurückgenommen und überarbeitet haben. Dann war noch der Mutterschaftsurlaub von Nicole Geser und da es nicht zeitkritisch war, blieb es etwas liegen. Danach kam es nochmals in die Sicherheitskommission, wo es dann diskutiert und verabschiedet wurde. Im Reglement wird tatsächlich auf das übergeordnete Recht hingewiesen. In der Präambel wird es festgelegt. Es ist total üblich, dass man im Reglement selber, dann nicht mehr auf das übergeordnete Recht und den Artikel verweist, da man dies ansonst auch bei jeder Änderung nachführen müsste. Es ist auch nicht so gedacht, dass man das Reglement als Benutzende braucht, hervornimmt und durchliest, sondern dass man bei einer Bestattung auf das Informationsblatt, welches man von der Gemeinde herunterladen kann und wo alle wichtigen Sachen zusammengestellt sind, zurückgreift. Dass man recherchieren geht, welche gesetzlichen Grundlagen jetzt gelten, sollte nicht nötig sein. Ein anderes Thema waren die Kosten der Bestattung, welche nicht gezahlt werden. Es gibt vermehrt Angehörige, welche nach einer Bestattung nicht zahlen. Das kann verschiedene Gründe haben. Einer davon ist, dass einige Leute fälschlicherweise meinen, dass die Bestattung eine staatliche Leistung ist, welche man beziehen kann. Dann ist es für Einige auch nicht immer einfach zu unterscheiden, was die Leistungen vom Bestatter sind, was privat ist und mit uns nichts zu tun hat, oder Zusatzleistungen, welche sie genommen haben, wo zum Beispiel die Friedhofgärtner etwas bereitgestellt haben oder andere Leistungen und wann sie wirklich zahlen müssen. Manche meinen auch, wenn sie ihr Erbe ausschlagen, sind sie aus dem Schneider und müssen auch nicht zahlen. Das ist auch nicht ganz richtig. Was man machen kann, ist ein Antrag zu stellen, wenn man effektiv weiss, dass man es nicht bezahlen kann. Dann kann aufgrund des Antrages die Gemeinde ein schickliches Begräbnis, welches von einfacher Art ist, finanzieren. Die Gemeinde hat zum Beispiel im Jahr 2023 23'000 Franken übernommen und im Jahr 2024 sind es bisher 14'000 Franken. Bei den Fällen, wo die Leute zahlen müssen, aber nicht wollen, geben wir es intern weiter und dann wir das Geld nach Möglichkeit eingetrieben. Zum Thema der anderen Religionen würde ich im Zusammenhang mit dem Antrag von der SP+Grüne-Fraktion darauf eingehen. Ich möchte noch zwei Hinweise machen. Erstens ist in der Verordnung unglücklicherweise ein Artefakt stehen geblieben. Im Art. 1 muss der Abschnitt "Urnenreihengrab Kinder bis 14 Jahre" vollständig gestrichen werden. Dieser sollte genau gleich sein, wie der obere Teil zum Thema Erwachsene. Das war in einer Vorversion drin und dann hat man es vergessen herauszustreichen. Das zweite betrifft beide Reglemente. Es wird ein Antrag zum Gemeinderat kommen, dass man die Polizeiabteilung in "Abteilung öffentliche Sicherheit" umbenennt, wie das in vielen anderen Orten der Fall ist. Das, um die Verwechslungsgefahr vorzubeugen, weil es immer wieder vorkommt, dass Leute immer wieder hierherkommen und zur Polizei wollen und dabei eigentlich die Kantonspolizei meinen. Das heisst, wenn diese Reglemente heute Abend durchkommen sollten, dass diese redaktionelle Anpassung vorgenommen und überall, wo jetzt Polizeiabteilung steht in Abteilung öffentliche Sicherheit umgeändert wird. Das aber erst wenn meine Gemeinderatskolleginnen und -kollegen dem auch zustimmen wollen. Zum Schluss noch das: Unser Friedhof ist ein besonders gelungenes Bijou. Es lohnt sich den Park auch einmal zu besuchen, wenn man nicht wegen einem Begräbnis dorthin geht. Das haben wir zum grössten Teil der Friedhofsgärtnerin Regula Wyss zu verdanken. Sie wurde im letzten Sommer pensioniert und es freut mich, dass die neuen Friedhofsgärtner der Botanica Garten AG die Arbeit in diesem Sinne weiterführen. Jetzt freue ich mich auf eure Wortmeldungen.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Die Mitte/glp-Fraktion hat das alles studiert und wir danken vielmals für die Botschaft. Das Geschäft ist sehr gut vorbereitet, nachvollziehbar und es ist sehr umfassend. Man kann immer wieder staunen, wenn man so etwas erhält, was dort eigentlich alles so steht. Als aussenstehende Person hat man vielleicht nicht so eine grosse Ahnung, was eigentlich alles geregelt ist. Wir haben uns auch Gedanken zum Thema des vorliegenden Antrages gemacht. Es gibt verschiedene Religionen in der Gemeinde Worb und wir würden es begrüssen, wenn wir das mal anschauen würden, ob es möglich wäre, diesen Menschen die Sachen zu ermöglichen was sie als Begräbnisvorschriften oder spezielle Rituale haben. Voraussetzungen gibt es dort sicher auch. Gibt es überhaupt eine Bedürfnisabklärung? Ist ein Bedürfnis vorhanden? Gibt es Erfahrungen in den Nachbargemeinden? Wie handhaben sie das? Hat man dies abgeklärt oder kann man das noch abklären? Ist das überhaupt machbar? Was wäre das alles? Sicher ist, dass es unter dem Dach von klaren Vorgaben und dem Gesetz, welches wir haben, sein muss. Etwas ganz wichtiges für mich ist, dass wenn wir das machen sollten, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger von der Gemeinde Worb detailliert informiert und aufgeklärt werden. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass dies etwas sehr persönliches ist. Wenn man dies machen würde, bräuchte es grosse Aufklärungsarbeit.

Bigler Markus, SVP: Wir haben eine Anregung zum Art. 1. Wir schätzen die detaillierte Auflistung der Grabgebühren. Dort ist sofort der Gebührenunterschied zwischen Einheimischen und Auswärtigen ersichtlich. Was wir uns dort wünschen, sind mehr Absätze. In der aktuellen Auflistung ist zeitweise schlecht ersichtliche, welcher Text zu welchem Tarif gehört. Wir bitten darum, dies dort noch einfließen zu lassen. Weiter möchten wir Anregungen, dass in der Verordnung jeweils Quellenhinweise gemacht werden, wenn ein übergeordnetes Recht angewendet wird. So würde man sofort sehen, welcher Artikel vom kantonalen Recht zur Anwendung kommt. Wir von der SVP-Fraktion werden diesem Traktandum zustimmen.

Bircher Andreas, SP+Grüne: Ich weiss nicht genau Guido, ob ich jetzt richtig bin. SP+Grüne stehen hinter dem Reglement und verdanken die Arbeit. Wir haben allerdings noch einen Änderungsantrag zum Art. 21 Abs. 2.

### Artikelweise Beratung

#### *Art. 21*

Bircher Andreas, SP+Grüne: Vorbemerkung: Ich habe einen bäuerlichen Hintergrund und darum müsst ihr den ersten Satz so verstehen. Der Grossvater kann man nach seinem Tod bis heute nicht unter dem Kirschbaum in der Hostet begraben, beerdigen, seine Asche aber schon. Wenn man das will oder wenn er das wollte. Meiner hätte es wahrscheinlich nicht gewollt. Um was geht es? Es geht letztlich um Erdbestattungen. Bestattungen stehen seit 1874 in der kommunalen Verantwortung und war vorher bei den Kirchen gewesen. Das ist eine Errungenschaft des liberalen Verfassungsstaats und bedeutet, dass Friedhöfe und Bestattungen letztlich religiös neutral sind. Religiöse Neutralität bedeutet, dass der Staat oder die Gemeinde Glaubensfreiheit gewährt und den einzelnen Konfessionen und Religionen keine Vorschriften macht, sondern dass sie die freie Religionsausübung gestattet. Gemeinden sind verpflichtet all ihren Einwohnern und Einwohnerinnen eine angemessene Bestattung beziehungsweise schickliche Bestattung zu gewähren und dafür einen Friedhof zur Verfügung zu stellen. Gedacht hat man dazumal, wo man das im Jahr 1874 verfasst hat, ausschliesslich an Erdbestattungen. Etwas anderes hat es damals kaum gegeben. Man durfte die Toten nicht mehr irgendwo begraben, sondern in einem dafür vorgesehenen, abgetrennten und eingefriedeten Ort. Erdbestattungen gibt es nur in den drei monotheistischen Religionen, im Christentum, Judentum und Islam. Um diese drei Glaubensgemeinschaften geht es, wenn es um den Friedhof geht. Die Erdbestattung hat mit dem gemeinsamen Glauben der monotheistischen Religionen an die Auferstehung am Ende aller Tagen zu tun. Bis ins 20tes Jahrhundert hat es hier in unserer christlich geprägten Welt fast ausschliesslich nur Erdbestattungen gegeben. Etwas, wo die Christen von den Juden und Muslimen unterscheidet, ist ein anderes Element. Wahrscheinlich aus Platzgründen hat man irgendwann in der christlichen Welt angefangen, Gräber nach etwa 20 Jahren aufzuheben. Die Juden und Muslime dagegen halten an der Erdbestattung und der ewigen Grabesruhe fest. Die Toten warten auf das Kommen von Messias am Ende aller Tage. Für die Christen kann man fast ironisch sagen, dass sie wahrscheinlich nach 20 Jahren nicht mehr an die Auferstehung glauben. Bei den Christen gibt es heutzutage ganz unterschiedliche Bestattungsformen. Die Einäscherung des Leichnams kommt heute im Vergleich zur Bestattung in der Erde weitaus häufiger vor und ist fast schon zur Regel geworden. Auch die Asche kann man immer noch auf dem Friedhof beisetzen, wenn man das will. In einem Einzelgrab, mit einem Grabmal, in einem Familiengrab oder im Gemeinschaftsgrab. Ein Muss ist es jedoch nicht. Die Juden und Muslime halten an der Erdbestattung fest und hätten grundsätzlich das Recht an unseren Friedhöfen bestattet zu werden, wenn man Rechtsgleichheit schaffen möchte, aus der Sicht des liberalen Staates. Aber wegen der ewigen Grabesruhe ist das etwas schwierig. Daher hat man Ende 19tes Jahrhundert und dann auch im 20ten Jahrhundert eigene jüdische Friedhöfe geschaffen. Der älteste in der Schweiz liegt übrigens im Aargau im Surbtal zwischen Endingen und Lengnau. Es lohnt sich mal dort hinzugehen, es ist ein wunderbarer uralter Friedhof. Für die jüdische Bevölkerung hat man das Bestattungs- und Friedhofswesen gewissermassen privatisiert. Gut, ich breche hier ab und lese die Ergänzung vor. "Die Gemeinde kann Personen nicht-christlicher Religionszugehörigkeit eine Bestattung nach deren Ritus ermöglichen, sofern das geltende Recht und die Gestaltung der Grabfelder dies zulassen." Ich glaube die Minute ist vorbei. Jetzt habe ich nichts über die Muslime gesagt, obwohl es um sie ginge.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Erstmals vielen Dank Markus, du warst das, für die Hinweise zur Verordnung von der Fraktion SVP. Das nehmen wir in den Gemeinderat und schauen, was wir machen

können. Jetzt zum Antrag von der SP+Grüne-Fraktion, wo ich grosse Sympathie dafür habe. Wir müssen folgendes sehen: In Art. 21 des Reglements stellen wir als Gemeinde sicher, dass alle verstorbenen Personen mit letztem zivilrechtlichem Wohnsitz in der Gemeinde Worb oder mit keinem zivilrechtlichen Wohnsitz und Personen mit einer besonders engen Beziehung zur Gemeinde auf dem Friedhof bestattet werden können. Da spielt die Herkunft, der Pass und die Religion an und für sich mal keine Rolle. Wir hatten in der Friedhofplanung ein muslimisches Grab vorgesehen. Worb hat bisher keine Anfragen für Erdbestattungen bekommen, wo weitergegangen sind als eine Voranfrage. Das kann verschiedene Gründe haben. Einer ist, dass wir noch viele Leute haben, die sich vielleicht in ihrer abgestammten Heimat begraben lassen wollen. Ein anderer Grund kann sein, dass man gleich nach Bern geht und diese Möglichkeit wahrnehmen will. Oder ein anderer Grund kann sein, dass es gewisse Regeln gibt, welche man einhalten muss, wo unter Umständen den eigenen religiösen Geboten, denen man folgen will, widersprechen können. Eines kann sein, dass ein Begräbnis 48 Stunden nach dem Tod erfolgen sollte und nicht wie vorgeschrieben sein kann innert 24 Stunden. Dass man in einem Sarg bestattet werden muss und das hast du schon erwähnt, dass es eine Grabfeldaufhebung geben kann nach einer Mindestruhezeit von 20 Jahren. Es ist aber auch so, dass der Anteil von Einwohnerinnen und Einwohner muslimischen Glaubens auch steigt. Ich gehe davon aus, dass dieses Bedürfnis entstehen wird. Ich bin der Ansicht, dass Art. 21 bereits genügend Möglichkeiten gibt, dass wir es tatsächlich machen können und dass es diese Ergänzung nicht braucht. Man könnte jetzt sagen, man kann ja miteinander reden. Aber wenn es einen solchen Abs. 2 gibt, wo steht in der Regel und wenn übergeordnetes Recht diesem nicht widerspricht, befürchte ich ein wenig, dass wir in eine Kaskade von Verwaltungsbeschwerden kommen, welche versucht ein Recht durchzusetzen, welches wir momentan nicht gewähren können. Unter Umständen sogar, weil wir dies nicht Regeln können, da es auf kantonalen Ebenen geregelt ist. Zum jüdischen Glauben oder zu Leuten von jüdischer Glaubensherkunft kann ich sagen, dass wir eine Vereinbarung mit dem jüdischen Friedhof Bern haben. Wir haben hier auch vielleicht aufgrund dieser Vereinbarung oder aus anderen Gründen in den letzten zwölf Jahren keine einzige Anfrage erhalten, von jemandem, wo gerne eine Bestattung nach den Ritualen und Rahmenbedingungen des jüdischen Glaubens machen wollte. Die Idee ist, dass wir individuelles ermöglichen. Das machen wir vor allem mit den verschiedenen Formen von Bestattungen in Urnen. Da gibt es auch immer mehr Möglichkeiten, welche man dauernd aufnimmt. Wir wollen die Bestattungsarten weiterhin laufend prüfen und bei Bedarf kann die Sicherheitskommission an den Gemeinderat einen Antrag stellen, dass man das auch tatsächlich einführt und auf dem Friedhof den Platz schafft. Ich bin der Meinung den Absatz braucht es nicht. Im Gegenteil, er könnte Erwartungen wecken, welche wir nicht erfüllen können. Im schlechten Fall könnte er dazu animieren, rechtlich gegen die Gemeinde vorzugehen. Also ich will jetzt nicht den Teufel an die Wand malen, aber wir reden immerhin von einem Reglement, welches Recht festlegt und wenn wir diese Möglichkeit explizit so schaffen wollen, gibt es genug Menschen, die sagen, dass sie es durchsetzen und daraus ein Präzedenzfall machen wollen. Ich stelle euch den Antrag, bei der Version des Gemeinderats zu bleiben und den Änderungsantrag abzulehnen.

#### Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, den Art. 21 mit dem folgenden Abs. 2 zu ergänzen: "Die Gemeinde kann Personen nicht-christlicher Religionszugehörigkeit eine Bestattung nach deren Ritus ermöglichen, sofern das geltende Recht und die Gestaltung der Grabfelder dies zulassen."

#### Beschluss zum Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

Der Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird mit 22 zu 13 Stimmen abgelehnt.

#### *Art. 24*

Cetin Mayk, EVP: Andreas, ich kann dir versichern, die Christen glauben definitiv an die Auferstehung. Definitiv, aber das ist ein anderes Thema. Art. 22 des alten Reglements wurde ja verändert zum Art. 24. Dort beantragen wir, dass der Abs. 2 unverändert bleibt, welcher neu bei Familiengräbern die Verlängerung kategorisch ausschliesst. Heute ist das möglich, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Konkret, sofern die Friedhofsgestaltung keine Einschränkung bedingt. Warum beantragen wir das? Es kann durchaus sein, dass jemand sehr jung verstirbt, zum Beispiel ein Ehepartner sehr jung verstirbt und der Zeitpunkt dann nicht möglich ist und der Wunsch da ist, es zu verlängern. Die Einschränkung sehe ich nicht wirklich und die Begründung ist

sehr technokratisch, würde ich sagen und mit dem heutigen gültigen Artikel haben wir bereits eine mögliche Limitierung, sollte es Einschränkungen geben. Von dem her würden wir es begrüßen, wenn dieser Art. 24 komplett übernommen wird, wie er als Art. 22 war.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Wie ihr bei den Bemerkungen lesen könnt, haben wir den Bedarf praktisch nie gehabt. Wenn wir den Artikel, wie er alt ist, stehen lassen, ist es tatsächlich, so dass es sein kann, dass dieses Grabfeld während 60 Jahre blockiert ist. Aktuell haben wir das, was Probleme verursacht bei der Friedhofsplanung. Denn wir haben solche Familiengräber, wo genau das geschehen ist. Ich denke, die Bestattung ist immer möglich, aber dass man solche Familienmonumente macht und alle Familienmitglieder dort begräbt und es dann ewig weiterführt wird, finden wir nicht gut. Es entspricht nicht dem, was wir von unseren Friedhöfen kennen. Das ist so eine Erfahrung aus der Praxis, wenn etwas effektiv nie nachgefragt wurde und auf der anderen Seite die Planung blockiert, sind wir der Ansicht, dass man dies dann herausstreichen kann. Darum beantrage ich, auf den Antrag nicht einzugehen.

#### Änderungsantrag der EVP-Fraktion:

Die EVP-Fraktion stellt den Antrag, den Abs. 2 unverändert vom alten Reglement zu übernehmen.

#### Beschluss zum Änderungsantrag der EVP-Fraktion:

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion wird mit 21 zu 8 Stimmen abgelehnt.

#### Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

#### Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Neufassung des Bestattungs- und Friedhofreglements wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
  - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
  - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

#### **Änderung des Reglements über die Benützung der öffentlichen Parkplätze: Genehmigung**

Sitzung Nr. 430	Datum 09.12.2024	Traktandum 4	Beschlussnummer 2021/24-282	Geschäftsnummer 35385	Archivnummer 56/20/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

#### Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

#### Detailberatung

#### Allgemeine Bemerkungen

Graf Gregory, GPK: Die GPK stellt fest, dass sowohl das Geschäft wie auch die vorliegende Botschaft sorgfältig aufbereitet wurden. Die Botschaft mit dem Antrag zur Genehmigung ist gut und umfassend strukturiert. Die

zur Verfügung gestellten, zusätzlichen Geschäftsunterlagen sind umfassend und die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird bestens verdankt. Wir haben noch zwei Fragen dazu. Wie konnte der Gemeinderat die Änderungen des Reglements aufarbeiten, wenn lediglich vier Rückmeldungen von 70 verschickten Einladungen zur Stellungnahme eingetroffen sind? Mit welchen Auswirkungen ist nach Inkrafttreten des Reglements zu rechnen? Was ist der Zweck der verschiedenen farbigen Zonen? Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat die Änderung im Reglement zur Benützung der öffentlichen Parkplätze zu behandeln.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Die Änderungen des Reglements über die Benützung der öffentlichen Parkplätze ist in einem aufwendigen Prozess entstanden. Zu den Auswirkungen würde ich sagen, dass es sich um eine sanfte Renovation mit einigen Verbesserungen und vielen Anpassungen handelt, welche Freude machen. Wir werden sehen, ob dies für alle gilt. Bereits 2016 haben wir einen ersten Bericht zu den Auswirkungen des Parkplatzreglements erstellt, welches vorher entstanden und gültig ist und auf welchem wir jetzt aufbauen. Es sind viele Bedürfnisse der Bevölkerung eingetroffen und Anliegen verschiedener Anspruchsgruppen wurden gesammelt. Die Rückmeldungen kamen in der Regel von Anwohner, wenn es Parkkarten betraf oder von Geschäften und Betrieben, rund um einen öffentlichen Parkplatz, wo Nutzungskonflikte entstanden sind, die geregelt werden mussten. Es stimmt, aus der Öffentlichkeit haben uns nur wenig Rückmeldungen erreicht und aus mangelndem Interesse wurde auf einen Partizipationsanlass verzichtet. Wir sind davon ausgegangen, im Bärensaal eine grosse Sache zu veranstalten, aber wir haben so wenige Anmeldungen für diesen Anlass erhalten, dass wir mit den beiden Interessierten persönliche Interviews geführt haben. Im Sommer haben wir eine Extrarunde gemacht, die Parteien eingeladen und Rückmeldungen von SP und Grüne erhalten. Was jedoch wichtig ist, sind die laufenden Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dem Gewerbe und vom Detailhandel an die Polizeibehörde. Von ihnen kamen viele Hinweise, was verbessert werden muss. Jede Verbesserung braucht eine Grundlage im Reglement oder in der Verordnung und hier haben wir zehn, welche gewünscht und realisiert werden. Pendler sollen eine Parkkarte angeboten erhalten, wo sie auf bestimmten, bisher unbelegten Parkplätzen parkieren können. Wir denken hier zum Beispiel an den Wislenbodenparkplatz. Der Nebeneffekt, es bringt Einnahmen für die Gemeinde. Etwas an den Unterhalt und die Aufwände, welche diese Parkplätze mit sich bringen. Wir wollen die Gebühren mit den grossen, privaten Anbietern wie dem RBS oder der Migros harmonisieren und dazu haben diese auch Hand geboten. Viele wissen nicht, dass die Parkplätze auf dem Bahnhofplatz dem RBS gehören und nicht der Gemeinde. Die Gemeinde soll private Parkplätze zur Bewirtschaftung und Kontrolle übernehmen, wenn es Sinn macht. Für viele war es vielleicht komisch, aber es wurde mit dem RBS besprochen, wenn die Gemeinde Kontrolle fährt, auch am Bahnhof zu prüfen und man dies vertraglich festhält. Das haben wir abgelehnt. Warum? Wir haben keine gesetzliche Grundlage im Reglement und wir möchten dies ändern. Ob etwas daraus wird, ist eine andere Frage. Digitale Bezahlung für Tickets wurde bereits eingeführt und nun möchten wir, dass auch Parkkarten digital gelöst werden können. Im alten Reglement ist festgehalten, dass man eine Parkkarte aus Papier hinter die Windschutzscheibe legen muss. Da muss man das Reglement mal durchlüften und feucht wischen. Wir möchten weitere Parkplätze bewirtschaften können, um deren Benutzung steuern zu können. Darüber konntet ihr lesen, zum Beispiel über den Nutzungskonflikte im Schulhaus Sonnhalde. Dort erhielten wir auch schon eine Verwaltungsbeschwerde zu diesem Thema oder beim Schulhaus Vielbringen. Anwohnerinnen und Anwohner haben Parkkarten bisher für die Strasse erhalten, wo sie unmittelbar wohnen, neu möchten wir grössere Zonen anbieten, wo irgendwo parkieren möglich sein wird und dadurch mehr Flexibilität bieten. In der Verordnung seht ihr einen Plan, wo farbige eingezeichnet ist, wie wir denken, wie diese Zonen erfasst werden sollten. Das ist übrigens das einzig Neue auf dieser Karte. Die abgebildeten Schilder zeigen noch die Regelung des alten Reglements. Dies müsste noch angepasst werden. Wir möchten für Marktfahrende Parkkarten abgeben, was bisher nicht möglich war. Parkplätze, falls geeignet, zum Aufladen von Elektrofahrzeugen anbieten oder, wenn Bedarf besteht, für Sharing-Angebote. Bisherige Einschränkungen für Abgaben von Parkkarten an Gewerbebetriebe möchten wir abbauen, denn es macht keinen Sinn, nur eine bestimmte Anzahl abzugeben und diese müssen hin und her gereicht werden. Der letzte Punkt: Wir wollen die Gebühren glätten. Im ersten Reglement wollte man regeln, dass Pendler nicht dauernd die ganzen Parkplätze belegen. So wurde eine ansteigende Tarifstruktur erstellt. Je länger man parkierte, desto teurer wurde es und wurde beschränkt auf 12 Stunden. Nun wollen wir, dass eine Stunde Parken einheitlich wird und da können auch Private mitmachen und für Detailhändler wird es attraktiver. Ein bescheidener Betrag, den man ansteigen lässt, bis der Preis einer Tageskarte erreicht ist und ab diesem Zeitpunkt man das Auto für 24 Stunden stehen lassen könnte. Gewisse Möglichkeiten, damit man das eigene Auto auch mal stehen lässt und mit anderen mitfährt. Im Entwurf der Verordnung haben wir dargelegt, was der Gemeinderat darüber denkt und in welche Richtung alles ausgestaltet werden soll. Diese Verordnung

wird nach der Genehmigung des Reglements durch den GGR vom Gemeinderat noch einmal besprochen und beschlossen. Falls ihr diesbezüglich Hinweise habt, nehmen wir diese gerne auf. Jetzt freue ich mich auf eure Voten.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Sehr positiv aufgefallen sind uns die breit eingeholten Informationen aller betroffenen Akteure. All diese Rückmeldungen sind so eminent wichtig, wenn es schlussendlich zuletzt darum geht, ein Reglement am Start zu haben, welches die Bedürfnisse vieler berücksichtigen wird. Mit der Absicht, dass die Parkplätze in Zukunft 24/7 bewirtschaftet werden sollen, hatten wir uns in unserer Fraktion ziemlich schwergetan und wir haben intensiv diskutiert. Vor allem aus einem Grund, und zwar der Punkt, dass durch diese Regelung die Sportvereine und die sporttreibende Bevölkerung, welche abends die Parkplätze besetzen, zur Kasse gebeten werden. Wir meinen, das sei nicht ganz der richtige Ansatz. Auf der anderen Seite sind die "Nachtparkierer", wie wir es in den Unterlagen lesen können. Das ist nicht richtig, dass diese die öffentlichen Parkplätze die ganze Nacht besetzen, ohne zu bezahlen. Offensichtlich ist dies ein zunehmendes Problem. Hier möchte ich anmerken, wenn jede Wohnung, die gebaut wird, auch Parkplätze hat, müssten all die Autos der Bewohner nicht auf den öffentlichen Parkplätzen stehen. Aus meiner Sicht eine doch eher einfache Logik, die jeder verstehen sollte. Nach langer Diskussion haben wir uns schlussendlich entschieden, dem Gemeinderat mit der Idee 24/7 zu folgen, vor allem weil wir somit eine gesetzliche Grundlage hätten, falls die Notwendigkeit bestehen würde, die "Nachtparkierer" in die Pflicht nehmen zu können. Wir sind der Vernunft gefolgt, möchten aber anregen, dass bei der sporttreibenden Bevölkerung und den Sportvereinen am Abend ab ca. 19.00 Uhr ein gewisses Augenmass bei der Behandlung in Betracht gezogen wird. Wir stimmen diesem Reglement zu und ich werde nicht mehr nach vorne kommen.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Die SP+Grüne-Fraktion wird das überarbeitete Reglement genehmigen. Es bringt, wie wir gehört haben, zahlreiche Verbesserungen. Wir haben keine Änderungsanträge und verzichten daher, bei jedem Artikel ein Votum zu halten. Was uns überzeugt hat, sind folgende Haupt-Argumente: Die Parkzeit wird überall in der Gemeinde vereinheitlicht. Das schafft Klarheit und entspricht dem Vorgehen anderer Gemeinden in der Umgebung. Eine Stunde gratis parkieren statt zwei, ist auch ein Anliegen des Worber Detailhandels. So wird sichergestellt, dass Parkplätze vor Geschäften rasch wieder frei werden. Einen Franken pro Stunde Parkzeit ist ein moderater Preis. Dass neu Tag und Nacht Parkgebühren fällig werden, kann nur fair sein. Wer einen öffentlichen Parkplatz nutzt, sei es tags, abends, nachts oder an Feiertagen, soll für die Nutzung bezahlen. Das ist das Prinzip der Gleichbehandlung für alle. Ab 10 Franken kann 24 Stunden parkiert werden. Dass Parkkarten nun für eine Zone ausgestellt werden, statt nur für eine einzelne Strasse, ist benutzerfreundlich. Personen im ärztlichen Notfalldienst erhalten auf Gesuch hin jetzt ebenfalls und überall eine Parkkarte. Aus all diesen Gründen wird unsere Fraktion die Reglementsänderung genehmigen.

Moser Titus, EVP: Ich möchte an die Punkte, die Hansueli aufgegriffen hat, anknüpfen. Auch wir haben über 7/24 diskutiert, respektive werktags von 07.00 bis 19.00 Uhr und wir sind zu einem etwas anderen Schluss gekommen. Im Hinblick auf den Wislenpark und den Worboden, wo es vor allem Sporttreibende sind, die dort parkieren. Der Zielkonflikt ist vor allem tags mit einkaufenden Leuten und Pendlern, hingegen nachts und am Wochenende haben wir diese Situation üblicherweise nicht und da würden wir dem Gemeinderat nahelegen, es sich mit 7/24, welches ein Teil der Verordnung ist, noch einmal zu überlegen. Schon jetzt gibt es keine Gleichberechtigung in der blauen Zone, ohne Gebühreneinzug werktags, also haben wir zwei verschiedene Reglemente. Daher bitten wir, den Wechsel auf 7/24 noch einmal zu überdenken.

Bützberger Ernst, Mitte/glp: Die Mitte/glp-Fraktion dankt den Verfassern für die detaillierte, umfangreiche und strukturierte Botschaft, inklusiv den ergänzenden Unterlagen. Wir begrüssen die Bestrebung, das Parkplatzreglement auf unserem Gemeindegebiet zu vereinheitlichen, jedoch sehen wir noch einige Lücken, die zu schliessen wären. Zum Beispiel die Situation im Wydensschulhaus, wo während Veranstaltungen und abendlichen Trainingseinheiten die Autos auf dem Pausenplatz abgestellt werden, was nicht in diesem Bewirtschaftungskonzept integriert ist. Dort ist die Gleichbehandlung aller nicht gegeben. Im Worboden sieht es oft ähnlich aus, wenn bei Grossandrang Autos zwischen den Veloständern gratis abgestellt werden. Lehrer, die bisher alle zwei Stunden neue Parkzettel in ihre Autos gelegt haben, kommen mit der neuen Regelung mit einer Stunde Gratisparkieren arg in Stress. Man könnte ihnen die Jahresparkkarte ans Herz legen. Auch für Lehrpersonen mit Kleinstpensen ist die Lösung nicht optimal, aber allen Menschen Recht getan, ist eine Kunst,

die niemand kann. In diesem Sinn stehen wir von Mitte/glp dieser Botschaft positiv gegenüber und befürworten diese.

#### Artikelweise Beratung

Lanfranconi Elena, FDP: Wir haben einen Änderungsantrag, und zwar zum Art. 1 Abs. 2. Dort möchten wir gerne den folgenden Satz hinzufügen: "Ausgenommen sind Werktage von 19.00 bis 23.00 Uhr." Die SVP wie auch die EVP haben bereits erwähnt und wir finden es ebenfalls gut, wenn man auch nachts Gebühren bezahlen muss. Wie bereits gehört, ist es für alle, die Sport machen und vor allem für diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren eine Schlechterstellung zur aktuellen Situation. Deshalb möchten wir diese Änderung anbringen und hoffen auf eure Mithilfe. Es geht darum, dass die Worberinnen und Worber, die sich in unserer Gemeinde freiwillig engagieren, nicht mit zusätzlichen Gebühren belastet werden. Auch für die Sportlerinnen und Sportler möchten wir keine Hürden in den Weg stellen, ausser vielleicht für Leichtathleten. Ich bitte euch, unseren Antrag zu unterstützen.

(Ratspräsident Federer Guido gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 18.53 bis 19.04 Uhr. Der Protokollführer.)

Steinmann Hans-Ulrich, SVP: Ich stelle hier den Antrag auf eine zweite Lesung. Ich finde es nicht verhältnismässig, wenn wir hier das Geschäft zurückweisen würden, aber ich merke, dass ein wichtiges Detail noch nicht ganz gelöst ist. Ich bitte euch, den Antrag auf eine zweite Lesung zu unterstützen. So kann der Gemeinderat dieses Detail noch lösen und wir haben dann eine gute Sache am Start.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Ich stelle den Antrag auf einen Sitzungsunterbruch.

(Ratspräsident Federer Guido gibt nochmals einen kurzen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 19.06 bis 19.07 Uhr. Der Protokollführer.)

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich habe mir gedacht, so glatt kann es nicht gehen. Jetzt ernsthaft. Wenn ihr als GGR tatsächlich eine 2. Lesung machen wollt, damit ihr die Arbeit, Vorbereitung auf diese Sitzung, seriös machen könnt, dann finde ich das nicht sauber. Seit Jahren arbeiten wir daran und von der Sicherheitskommission haben wir wertvolle Rückmeldungen erhalten. Das Geschäft wurde durch uns ausgearbeitet, es wurde euch vor ungefähr zwei Wochen oder mehr vorgelegt und wenn dann hier ein Antrag gestellt wird, den ich übrigens vorher nicht gesehen habe, dann finde ich dies nicht seriös. Ich weiss, man kann mit dem politischen Überraschungseffekt arbeiten. Seriös wäre jedoch auch, wenn sich der Gemeinderat bei einem Änderungsantrag zu einem Reglement noch Überlegungen machen könnte. Wenn ein Reglement in einem einzelnen Antrag geändert wird, dann braucht es diese Vorarbeit. Aber hier betrifft es einen Artikel aus der Verordnung, wo der Gemeinderat und nicht das Parlament zuständig ist. Jetzt überlegt man, wie bringen wir dies noch schnell ins Reglement. Weil dies heute Abend nicht möglich ist, ist der Antrag, wo man Hansueli gebeten hat, diesen hier zu machen, eigentlich nur dafür, dass man sich vielleicht noch etwas überlegen kann. Dazu muss ich sagen, dass dies ein Antrag ist, der Folgen haben wird. Wir haben versucht, ein Reglement für die Benützung der öffentlichen Parkplätze zu machen, welches ausgewogen ist und ein paar Probleme lösen wird. Diese Probleme kann man nur lösen, indem man seriös arbeitet. Es ist nicht gut, wenn jetzt etwas herausgebrochen und gebastelt wird. Dies würde für mich bei einer 2. Lesung auch bedeuten, je nach Änderung, die beantragt wird, könnten wir gar nicht richtig Stellung nehmen, weil wir mit dem Ganzen wieder in die Sicherheitskommission gehen und Abklärungen mit den Privatanbietern machen müssten, um wieder ein stimmiges Gleichgewicht zu finden. Ich bin der Überzeugung, dass wir ein ausgewogenes Reglement haben. Ich wusste, dass einzelnen einiges nicht gefallen wird. Ich bin ein Grüner und ich weiss, was den Grünen missfällt, nämlich, dass es überhaupt eine Gratisparkzeit gibt. Aber hier muss man über den Schatten springen und sagen, für das Grosse und Ganze machen wir dies, weil es so stimmt. Ich beantrage, dass der Antrag auf 2. Lesung abgelehnt wird und ihr dem Reglement, wie es vorliegt, anschliessend zustimmt.

Wirth Alfred, SP+Grüne: Wir von der SP+Grüne-Fraktion sind auch dagegen, dass eine 2. Lesung stattfinden wird. Schade, dass ihr euch nicht seriöser vorbereitet habt, dann hätte man darüber noch diskutieren können. Das ist ein Schnellschuss und die Gleichberechtigung wird über den Haufen geworfen. Was klar definiert war,

wolltet ihr wieder kippen. Es gibt nicht nur Sportler, sondern auch andere, die den ganzen Tag gemeinnützige Arbeit leisten. Für mich ist es eine Organisationsfrage. Wie gelangt man zu einer Sportanlage? Muss ich das Auto nehmen oder welche Möglichkeit besteht sonst noch, dorthin zu kommen? Vor allem Auswärtige kommen mit dem Auto und diese dürfen nicht bessergestellt werden als wir selbst. Nein, sicher nicht. Letztendlich auch der Kirchengänger von den Aussenorten, der parkieren will oder andere, nicht nur Sportler, welche Parkmöglichkeiten benötigen. Wir sagen es noch einmal, wir sind dagegen und ich möchte beliebt machen, dass man dem zustimmt, was vorliegt. So machen wir sicher nichts falsch.

Lanfranconi Elena, FDP: Ich möchte mich zuerst entschuldigen. Die Änderung, die ich anbringen wollte, ist in der Verordnung, nicht im Reglement. Ich möchte keine Kompetenzüberschreitung als Parlamentarierin betreiben. Nichtsdestotrotz sind wir nach wie vor der gleichen Auffassung. Urs, ich verstehe natürlich deine Argumente, ihr arbeitet an dieser Sache viel intensiver als wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier und manchmal ist es so, dass man sich in der Politik keine Änderungen wünscht. Das Parlament darf jederzeit Änderungen beantragen, ob dies angenehm ist oder nicht, sei dahingestellt und ob wir eine Mehrheit finden oder nicht sei ebenfalls dahingestellt. Aufgrund dieser Verzögerungen und vielleicht nicht dem besten Timing leiden schlussendlich nicht wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sondern unsere Worberinnen und Worber, welche freiwillig engagiert sind und Kinder trainieren, nicht nur im Fussball, auch im Eishockey oder Musik unterrichten am Abend. All diejenigen werden schlechter gestellt durch dieses neue Reglement und deshalb sind wir nicht einverstanden. Wir haben mit der EVP gesprochen und finden den Antrag, dass zwischen 19.00 und 23.00 Uhr gratis parkiert werden kann, unkompliziert und für alle verständlich. Noch zu deinem Argument Alfred. Natürlich ist es eine Sache des Timings, wie man zu einem Sportplatz findet. Da gebe ich dir zu 100 Prozent recht, aber es ist nicht immer allen möglich, vorher nach Hause zu gehen. Einerseits kommen viele direkt nach der Arbeit mit dem Auto auf den Sportplatz, andererseits haben Trainerinnen und Trainer gewaschene Leibchen dabei, Fussbälle vom Wochenende, die zurückgebracht werden müssen und dies zu Fuss oder ohne Auto schwierig wäre. Wir bleiben dabei und stimmen eurem Antrag zu, damit es eine 2. Lesung gibt. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, reichen wir den folgenden Änderungsantrag ein und hoffentlich dieses Mal richtig. Wir beantragen beim Art. 2 Abs. 3. den folgenden Satz zu ergänzen: "Die Gebührenpflicht ist von Montag bis Sonntag von 19.00 bis 23.00 Uhr taxfrei."

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Ich möchte Elena korrigieren. Der Antrag auf eine 2. Lesung kam nicht aus unserer Fraktion, sondern hier vom Büro, damit ihn jemand einreicht. Unsere Fraktion teilt diese Ansicht nicht geschlossen.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Mit dem Vorgehen der FDP habe ich schon meine liebe Mühe. Eine Möglichkeit wäre gewesen, dass man sich während der Vernehmlassung eingebracht hätte, denn so wäre dies möglicherweise bereits im Reglement oder in der Verordnung berücksichtigt worden. Elena, du hast erwähnt, wer alles durch die Verzögerung darunter leiden muss. Tatsächlich sind es in erster Linie nicht wir Parlamentarier, sondern die Steuerzahler, da die Verwaltung wieder beschäftigt werden muss. Damit habe ich meine Mühe, wenn es um eine 2. Lesung geht.

#### Beschluss zum Antrag auf eine 2. Lesung des Geschäfts:

Der Antrag auf eine 2. Lesung des Geschäfts wird mit 18 zu 17 Stimmen abgelehnt.

#### Art. 2 Abs. 3

Ratspräsident Federer Guido: Wir kommen nun zur Beratung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Art. 2 Abs. 3. Es geht um die Ergänzung des folgenden Satzes: "Die Gebührenpflicht ist von Montag bis Sonntag von 19.00 bis 23.00 Uhr taxfrei."

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Der Gemeinderat beantragt, den Antrag abzulehnen. Im ganzen System würde abends ein Loch entstehen, und zwar für eine gewisse Klientel, die gratis parkieren dürfte. Ich weiss nicht, warum jemand, der im Worboden am Nachmittag von 14.00 bis 17.00 Uhr parkiert, bezahlen soll und der Sportler von einer der umliegenden Gemeinden, der für die Benützung der Sportanlagen praktisch

nichts bezahlt, zudem noch gratis parkieren soll. Das sehe ich nicht. Wir haben viele Helfende, wie Klassenhilfen, Leute, die hier in unseren Schulen arbeiten oder von der Umgebung, die Parkkarten bezahlen. Ihr möchtet, dass generell am Abend, zum Beispiel um Sport zu treiben, gratis parkiert werden darf. Das ist nicht logisch, nicht nachvollziehbar und eine Ungleichbehandlung, die wir, gemäss Richtplan Parkierung, über das Ganze ausgeglichen gestalten sollen. Es entsteht eine Unsicherheit. Wenn du ankommst, weisst du, das wäre das Ziel des Gemeinderates, eine Stunde parkieren ist gratis, danach bezahle ich. Du kannst 24 Stunden parkieren oder du bist in einer blauen Zone mit eigenen Regeln. Wir möchten ausmerzen, dass an einem Ort nach einer halben Stunde, am anderen Ort nach einer Stunde bezahlt werden muss, am Abend für drei Stunden gar nicht und dann ab 23.00 Uhr wieder. Für mich alles gute Gründe, dass ihr hoffentlich den Antrag ablehnt.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Ich habe eine Verständnisfrage zum Antrag, und zwar wird Art. 2 Abs. 3 ersetzt oder ergänzt? Es steht: An speziellen Standorten kann der Gemeinderat das Parkieren bis zu einer gewissen Anzahl Stunden als taxfrei bestimmen. Würde sich diese Ergänzung nur auf diese speziellen Standorte beziehen oder ist es eine Grundvoraussetzung für jegliche Parkplätze, die in der Gemeinde bewirtschaftet werden?

Moser Titus, EVP: Ich möchte gerne eine Variante, respektiv einen zweiten Antrag zum Antrag der FDP stellen, und zwar wie folgt: "Die Gebührenpflicht ist von Montag bis Samstag von 19.00 bis 23.00 Uhr, und den ganzen Sonntag taxfrei." Das soll geändert werden, denn es macht keinen Sinn am Sonntagabend, wo kein Konflikt mit anderen Parkierenden besteht, so zu machen. Es wäre zudem nahe dem, wie wir es in der blauen Zone haben.

Jorio Marco, Mitte/glp: Ich finde, man sollte das Reglement nicht zu kompliziert machen. Abgesehen davon, dass der Gemeinderat jetzt schon im Art. 2 Abs. 3 bevollmächtigt wird, zu verfügen, dass man an speziellen Orten taxfrei parkieren kann, also nichts bezahlen muss. Überlassen wir es dem Gemeinderat, damit wir nicht eine sture, starre Regelung einführen, die auch nicht unbedingt gerecht ist, im Gegenteil, zu unterschiedlichen Behandlungen von gewissen Parkierenden und gewissen Pendlern führt. Wir beantragen die Ablehnung des Antrages.

Günther Paula, SP+Grüne: Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, wenn Menschen, die hierherkommen, weil sie hier arbeiten, Pendler/innen, zahlen müssen aber Menschen, die freiwillig, also für ein Hobby, abends das Auto benutzen, das sie je nachdem nicht mehr benutzen müssten, nicht zahlen müssen. Ausserdem denke ich, dass Leute aus Worb viel eher mit dem ÖV und mit dem Velo kommen können, aber Menschen, die nicht aus der Gemeinde Worb sind und für ein einzelnes Hobby extra nach Worb kommen, die müssten viel eher das Auto brauchen. Das heisst, wenn wir diese gratis hier parkieren lassen, Menschen aber, die nach Worb kommen, um für die Gemeinde zu arbeiten, müssen durch den Tag bezahlen. Das macht für mich überhaupt keinen Sinn.

Maurer Rolf, SP+Grüne: Ich bin selbst betroffen, denn ich habe zwei Kinder, die Hockey spielen und könnte das Kässeli somit etwas füttern. Trotzdem, liebe FDP, ich finde, das ist ein Schnellschuss. Das widerspricht der Gleichbehandlung und es geht hier um Partikularinteressen. Warum sollten wir Sportler anders behandeln als beispielsweise Lehrer, oder andere, die hierherkommen, um zu arbeiten und ihr Auto parkieren müssen. Schlussendlich ist es eine Förderung des motorisierten Verkehrs und steht schon deswegen quer in der Landschaft. Bringt euch doch bitte in der Vernehmlassung ein, nicht erst hier, denn dann könnte man diese Sache besser aufarbeiten. Wir möchten, dass ihr den Antrag ablehnt.

#### Gegenüberstellung der Änderungsanträge:

##### Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Art. 2 Abs. 3 mit dem folgenden Satz zu ergänzen: "Die Gebührenpflicht ist von Montag bis Sonntag von 19.00 bis 23.00 Uhr taxfrei."

##### Änderungsantrag der EVP-Fraktion:

Die EVP-Fraktion stellt den Antrag, den Art. 2 Abs. 3 mit dem folgenden Satz zu ergänzen: "Die Gebührenpflicht ist von Montag bis Samstag von 19.00 bis 23.00 Uhr, und den ganzen Sonntag taxfrei."

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion wird dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion gegenüber gestellt.

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion obsiegt mit 13 zu 8 Stimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag der EVP-Fraktion:

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion wird mit 20 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 30 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Änderungen im Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze werden genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
  - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
  - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

**"Fehlende Wahllisten", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme**

Sitzung Nr. 430	Datum 09.12.2024	Traktandum 5	Beschlusnummer 2021/24-283	Geschäftsnummer 38493	Archivnummer 11/13
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Bircher Andreas, SP+Grüne: Die SP+Grüne-Fraktion ist von der Antwort nicht befriedigt. Die Antwort ist ungenügend, namentlich betrifft es den Punkt 7. Die Frage lautete: Welche Massnahmen wird der Gemeinderat ergreifen, um solche Vorfälle zu verhindern? Wir mussten erfahren, was der Gemeinderat von anderen erwartet, nicht was er selbst machen würde. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, für unvorhergesehenen Vorfälle eine Checkliste zu erstellen, was klar macht, was beachtet werden muss und wer aktiv informiert werden muss. Die Antwort ist einmal mehr defensiv, nicht offensiv.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "fehlende Wahllisten" wird Kenntnis genommen.

**"Publibike-Netz in der Gemeinde Worb", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung**

Sitzung Nr. 430	Datum 09.12.2024	Traktandum 6	Beschlusnummer 2021/24-284	Geschäftsnummer 38573	Archivnummer 37/1
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

## Detailberatung

Maurer Rolf, SP+Grüne: Ich weiss nicht, wie es euch ergangen ist. Als ich die Begründung des Gemeinderates mit fast nur positiven Punkten gelesen habe, habe ich nicht verstanden, warum unsere Motion als nicht erheblich erklärt werden sollte. Deshalb noch einmal von Beginn an. Die Einführung von Publibike wäre eine gute und günstige Ergänzung zum öffentlichen Verkehr. Gerade für eine Gemeinde wie Worb mit ihren Aussenorten wäre das Publibike eine wertvolle Ergänzung zum ÖV. Der Bahnhof Worb SBB, Vielbringen, Ried und Bangerten wären viel besser erschlossen und auch in Randzeiten erreichbar. Habt ihr euch schon einmal überlegt, wie unsere Grosskinder, welche vielleicht in der Stadt wohnen und kein Auto besitzen, ihre Grosseltern in Vielbringen besuchen wollen? Um 17.30 Uhr fährt der letzte Bus und danach bleibt nur der Spaziergang durch den Hühnlwald. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es zu teuer wird. Ich zitiere: "Die sich daraus ergebenden Kosten übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Die Gemeinde muss ihre beschränkten Mittel derzeit prioritär für den Unterhalt ihrer Infrastrukturen einsetzen." Der Gemeinde Worb entstehen Investitionskosten von rund 50'000 Franken für die Installation der 13 Stationen. Wie bitte? 50'000 Franken übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Worb? Das leuchtet mir nicht ein. Dieser Preis ist extrem attraktiv. Schaut auf die Kosten für unsere Strassen, die wir ausgeben. Im Finanzplan sind für die nächsten fünf Jahre 5,7 Millionen für den Unterhalt der Gemeindestrassen vorgesehen. Beim Publibike geht es nur um einen Bruchteil davon, ca. 3,5 Prozent. Das sind ca. 40'000 Franken pro Jahr oder 3,50 Franken pro Einwohner pro Jahr, also nicht einmal einen Kaffee. Zudem bietet der Vertrag eine sehr hohe Flexibilität und kann an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden. Wir sind überzeugt, dass Publibike die Attraktivität der Gemeinde Worb verbessern würde und Teil einer ganzheitlichen ÖV-Lösung wäre. Schlussendlich geht es auch um die Demokratie. Wir sind der Meinung, dass das Parlament informiert werden muss und darüber beschliessen sollte. Ich bitte euch im Namen der Fraktion SP+Grüne, die vorliegende Motion als erheblich zu erklären.

Fivian Bruno, SVP: Dies ist mein letztes Votum als Mitglied der Legislative. Der Gemeinderat hat sich in erster Linie aus Kostengründen gegen die Erstellung eines Publibike-Netzes entschieden. Der Gemeinderat hat, wie folgt zu der Dringlichkeit der Motion Stellung genommen. Ich zitiere: "Leider hat die Gemeinde Worb in den nächsten Jahren andere Aufgaben." Ich bitte um Nachsicht für meine folgenden etwas überspitzten und harten Worte. Es sind die Worte, die in meinem Umfeld zu solchen Projekten verwendet werden. Dem Gemeinderat würde ich entgegnen: Nicht leider, sondern gottseidank hat die Gemeinde noch wichtigere Aufgaben als die Erstellung eines Publibike-Netzes, welches in meinen Augen nur einer unorganisierten Minderheit und ein paar Opportunisten nützt. Die Motionäre führen ins Feld, damit jungen Leuten geholfen wird, spät abends nach Hause zu kommen, weil die Bahn nur alle halbe Stunde fährt. Hier frage ich mich, kommen sie spät nach Hause vom Arbeiten oder vom Ausgang? In einem Fall würde ich ihnen empfehlen, einfach 20 Minuten länger zu arbeiten, im anderen Fall 20 Minuten früher das Apéro zu verlassen. Ebenfalls ins Feld geführt wird, dass das Publibike innerhalb von Worb den Verkehr ökologisch umstellen soll. Dies glaube ich kaum. Auch wenn die Publibike-Station direkt in seinem Vorgarten stehen würde, würde der Autofahrer anstelle des Publibikes sein Auto vorziehen. Ein Argument ist, dass man mit solchen Projekten den ÖV fördern möchte, bringt es aber im Gegenzug nicht zustande, die Aussenorte an das ordentliche ÖV-Netz anzuschliessen. Noch etwas zur Ökologie. Man hat sich vermutlich überlegt, auch E-Bikes zu installieren, welchen ich kritisch gegenüberstehe. Wenn man schon an Ökologie denkt, sollte die Rechnung von A-Z gemacht werden, dann sind auch diese E-Bikes nicht ganz CO2-neutral. Begründungen, welche in der Motion vorgebracht werden, sind in meinen Augen, in Bezug auf die Allgemeinheit und somit Cashback für den Steuerzahler, schwach. Beim ersten Argument geht es um die späten Unorganisierten, beim zweiten Argument um die scheinbare Ökologie und beim dritten werden die Kosten runtergespielt. Triftigere Gründe für das Publibike habe ich in dieser Motion nicht gelesen. Schlussendlich finde ich wieder den Rank zum Gemeinderat, der mit diesem Projekt bereits in der Regierung gescheitert ist und jetzt, wie es scheint, glücklicherweise einen Steilpass vom linken Flügelstürmer erhält und der völlig zu Recht erklärte, dass wir Wichtigeres zu tun haben in unserer Gemeinde und dies ganz besonders in finanzieller Hinsicht.

Maurer Rolf, SP+Grüne: Der Anschluss der Aussenorte an den ÖV wäre auch von uns ein Wunsch, aber wir denken nicht, dass dieser günstiger ist als das Projekt Publibike. Wenn man schon sparen sollte, dann ist dies doch eine günstige Lösung, auch für die Aussenorte, zur Verbindung an den ÖV. Du hast gesagt, dass E-Bikes

nicht ökologisch seien, aber ein E-Bike verbraucht relativ wenig Energie. Würde man eine Badewanne mit warmem Wasser füllen, käme man mit dieser Energie mit dem E-Bike bis nach Paris.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Ich finde, man sollte ein paar Schlaglöcher weniger auf den Strassen der Gemeinde flicken, so hätte man das Geld für das Publibike eingeholt.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ich möchte dieses Thema nicht noch ausdehnen. Alles Gute und Schlechte wurde bereits gesagt. Wir diskutieren hier über eine Motion, ob diese überwiesen werden soll oder nicht. Falls diese überwiesen wird, machen wir ein Geschäft und sind so weit auch vorbereitet. Wir arbeiten auch schon lange daran, hatten bereits vor vier, fünf Jahren Gespräche mit Publibike und das jetzige Angebot ist nicht zu vergleichen zum Angebot von damals. Es ist tatsächlich ein gutes Angebot, wobei die 50'000 Franken nur die Standorte betrifft, der ganze Betrieb käme auf 308'000 Franken. Bei einem möglichen Geschäft würde dies alles genau aufgeführt. Vertreten wurde das Projekt in der Umweltkommission und dort stehe ich hinter der Mehrheit und die Gründe wie weniger Verkehr, bessere Ökologie etc. Schlussendlich habe ich ein energiepolitisches Programm, welches durch den Gemeinderat genehmigt wurde, mit der Aufgabe ein Velo-Verleih-System zu prüfen. Dies habe ich getan und wir wären bereit, hier ein Geschäft vorzulegen. Natürlich sind die Argumente des Gemeinderates, betreffend den finanziellen Anstrengungen in den nächsten Jahren, massgebend. Das ist so und die Frage ist, was können wir uns zusätzlich noch leisten.

Beschluss:

Die Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Publibike-Netz in der Gemeinde Worb" wird als nicht erheblich erklärt.

Zingg Stephan, 1. Vizepräsident: Guido, vielen Dank für deine Leistung in diesem Jahr. Du hast bis zum bitteren Ende einige Situationen durchspielen dürfen, wie heute Abend. Für deine Führung danke ich dir herzlich. Ich weiss, wie oft es dich zum Rednerpult gezogen hat, um etwas zu sagen, da du noch einen zweiten Hut trägst, aber wir konnten dich festmachen zum Dableiben, damit du nicht zum Mikrofon geeilt bist. Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, dir ein Geschenk zu überreichen. Ich habe mir überlegt, was ich dir bringen soll, und nun habe ich ein zweiteiliges Präsent. Wir sind in einer festlichen Zeit und deshalb ist es eine Kombination aus Adventskranz und Reka-Checks. Die Checks sind noch aus Papier, die ich gefaltet habe, keine Karten. Ich weiss, dass dein Hobby Skifahren ist, aber der Skipass war mir dann doch etwas zu teuer. Verzichtet habe ich darauf, die Kerzen anzuzünden, denn diese wären jetzt schon runtergebrannt, hätten vielleicht sogar den Kranz entzündet und die Feuerwehr hätte kommen müssen. Herzlichen Dank Guido, hier ist dein Applaus.

## **Abschiedsrede**

Ratspräsident Federer Guido: Vielen herzlichen Dank Stephan. Ich versuche mich kurz zu halten. Der Ständerat Arthur Hänsenberger sagte einmal: Es ist eine Gabe, wenn man erkannt hat, dass man nichts mehr zu sagen hat und trotzdem schweigt. Ich habe zu Beginn der Sitzung gesagt, ihr sollt euch kurzhalten, deshalb versuche ich dies ebenso und beschränke mich auf das Danken. Mein Dank geht zuerst an meine Bürokollegen, die mir während des ganzen Jahres geholfen haben, aber natürlich auch an euch, Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ihr habt es mir eigentlich dieses Jahr einfach gemacht, einen speditiven Ratsbetrieb zu führen, aber nach dem heutigen Abend muss ich diese Aussage etwas revidieren. Speziell danken möchte ich speziell den Ratsmitgliedern, die heute zum letzten Mal dabei sind. Für euer Engagement im Gemeindewesen und euer Beitrag an das Funktionieren einer lebendigen Demokratie. Dem Gemeinderat und der Verwaltung danke ich für ihren grossen Einsatz, welchen sie jedes Jahr leisten. Ich hoffe, ihr könnt ein paar besinnliche Tage über die Festzeit geniessen. Ich erhielt verschiedene Rückmeldungen dieses Jahr, dass es die Bevölkerung geschätzt hat, dass einmal jemand aus einem Aussenort das GGR-Präsidium übernommen hat und an dieser Stelle bedanke ich mich noch einmal bei den Richtigen für den schönen Empfang. Last but not least gebührt auch meiner Frau einen ganz herzlichen Dank für ihre Unterstützung seit vielen Jahren und ihren Einsatz als Sparringpartnerin für politische Diskussionen. Es war mir eine Freude und eine grosse Ehre sowie ein politisches

Erlebnis, das Amt des formell höchsten Worbers während eines Jahres bekleiden zu dürfen. Insbesondere, da ich der letzte meiner Art sein werde, denn der nächste Präsident wird nicht mehr GGR-Präsident sondern der erste Parlamentspräsident von Worb sein. Meinem Nachfolger wünsche ich ein spannendes und lehrreiches Amtsjahr und allen, die nun beim Essen dabei sein werden einen gemütlichen Abend und anschliessend schöne und erholsame Festtage. Hiermit möchte ich die letzte Sitzung für dieses politische Jahr wie auch die Legislatur beenden.

Guido Federer  
Präsident

Jürg Bigler  
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 3. Februar 2025

Jürg Bigler  
Sekretär